



Fragebogen zur Vernehmlassung über die Verwaltungsreorganisation der Einwohnergemeinde Seedorf

Eingereicht durch: SVP Seedorf, vertreten durch Barbara Bohli, Präsidentin, Untere Rebhalde 13, 3268 Lobsigen, 076 566 08 27, [barbara.bohli@quickline.ch](mailto:barbara.bohli@quickline.ch)

Kontaktperson für Rückfragen: Daniela Weber (Gemeindeschreiberin), Tel.: 032 391 99 50, Email: [daniela.weber@seedorf.ch](mailto:daniela.weber@seedorf.ch)

In der Vernehmlassungsbotschaft finden Sie allgemeine Hintergründe und Ausführungen zu den einzelnen Fragen.

Vernehmlassungsfrist: 31. August 2017

Bitte senden Sie Ihre Antwort - nach Möglichkeit elektronisch -  
an folgende Adresse

[daniela.weber@seedorf.ch](mailto:daniela.weber@seedorf.ch)

Einwohnergemeinde Seedorf, Bernstrasse 72, 3267 Seedorf

Lobsigen, 21. August 2017

Sehr geehrter Gemeinderat

Im Namen unserer SVP-Ortspartei danke ich Ihnen herzlich für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung über die Verwaltungsreorganisation teilzunehmen. Zu diesem Zweck hat am 14. August 2017 eine ausserordentliche Parteiversammlung stattgefunden, deren Resultate im vorliegenden Papier festgehalten sind.

Am Anfang unserer Diskussion stand die Suche nach dem Grund für diese umfassende Reorganisation zum jetzigen Zeitpunkt. Auf diese Kernfrage geht die Vernehmlassungsbotschaft nicht ein, und auch in der Diskussion erhielten wir hierauf keine befriedigenden Antworten.

Unsere Mitglieder gehen jedoch davon aus, dass ganz nach dem Grundsatz «structure follows process follows strategy» zuerst die strategischen Zielsetzungen unserer Gemeinde festgelegt und *anschliessend* diejenigen Abläufe und Strukturen geschaffen werden müssen, welche die strategische Zielerreichung am besten unterstützen.

In Anbetracht der Tatsache, dass

- keine Gesamtstrategie vorliegt
- bei den nächsten Wahlen voraussichtlich beträchtliche personelle Wechsel im GR stattfinden werden
- aktuell grosse Projekte laufen, welche ebenfalls Einfluss haben auf die Verwaltung, jedoch in absehbarer Zeit abgeschlossen sein werden
- zukünftige Gemeindeaufgaben, welche vom Kanton ausgelöst werden (noch) nicht bekannt sind

fehlt für die SVP das Fundament, auf dem eine Reorganisation in diesem Ausmass begründet werden kann.

Sie lehnt deshalb die umfassende Reorganisation im Grundsatz ab.

Einzelne vom GR beschriebene entwicklungsbedürftige Aspekte in der heutigen Aufbau- und Ablauforganisation (z.B. zu viele Schnittstellen, Finanzkompetenzen Spezialfinanzierungen ...) kann sie wiederum gut nachvollziehen. Deren Optimierung ist jedoch auch innerhalb der heutigen Strukturen möglich.

Zu eben diesen einzelnen Aspekten nimmt unsere Partei im Folgenden Stellung.

Selbstverständlich sind wir jederzeit gerne bereit, auf allfällige Fragen Ihrerseits näher einzugehen.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement zum Wohle unserer Gemeinde und wünschen Ihnen für Ihre weitere Arbeit alles Gute.

Freundliche Grüsse

SVP Seedorf  
Barbara Bohli, Präsidentin

## Teil 1: Behördenreorganisation - Gemeinderat / Ressorts (siehe Seite 2 – 6 der Vernehmlassungsbotschaft)

---

1.1 *Vorschlag GR*: Der Gemeinderat soll auf 6 Mitglieder reduziert werden. Bei Stimmengleichheit soll das Geschäft einmal aufgeschoben werden, bei einer weiteren Stimmengleichheit soll der Stichentscheid beim Gemeindepräsidenten liegen.

Frage: Aus wie vielen Mitgliedern soll der Gemeinderat künftig bestehen?

5 Mitglieder  6 Mitglieder  7 Mitglieder (wie heute)

*Anmerkungen:*

Die SVP wünscht grundsätzlich keine Reduktion der GR-Mitgliederzahl, kann sich jedoch vorstellen, die Aufgaben anders aufzuteilen. Unterschiedliche Pensen empfindet sie absolut nicht als störend. Sie können im Gegenteil dazu führen, dass sich noch mehr fähige Personen für ein GR-Amt zur Verfügung stellen.

1.2 *Vorschlag GR*: Das Gesamtpensum für den Gemeinderat soll bei 90 % bleiben, 10 % (6er GR) bzw. 10-15 % (5er GR) kann der Gemeinderat als Puffer für ausserordentliche Projekte / Aufwände temporär für einzelne GR-Mitglieder vergeben (Zielgrösse ohne Vorgabe: mindestens für ein Jahr).

Frage: Soll bei einer Reduktion des Gemeinderates, das Gesamtpensum des Gemeinderats bei 90 % bleiben und die restlichen 10-15% für ausserordentliche Projekte/Aufwände temporär vergeben werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Keine Antwort. Frage bezieht sich auf 6-er bzw. 5-er GR --> SVP will 7 beibehalten

1.3 *Vorschlag GR*: Die heutigen Ressorts Gemeindebauten und Bau / Planung sollen zusammengeführt werden.

Frage: Soll das heutige Ressort Gemeindebauten und Bau / Planung zusammengeführt werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Eine Zusammenlegung zur Nutzung von Synergien macht Sinn. Die Massnahme soll aber nicht zur Reduktion der GR-Mitglieder führen.

1.4 *Vorschlag GR*: Das Ressort Volkswirtschaft und Sicherheit soll zu Sicherheit und Umwelt, das Ressort Bau / Planung und Gemeindebauten soll zu Hochbau und Planung und das Ressort Ver- und Entsorgung soll zu Werke und Strassen umbenannt werden.

Frage: Sollen die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Ressortumbenennungen vorgenommen werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Die SVP stört sich daran, dass die Volkswirtschaft durch Umwelt ersetzt wird. Hinter den beiden Begriffen stehen unterschiedliche Schwerpunkte. Zudem: Wenn ein Ressort Umwelt

geschaffen wird, sollte die Fachgruppe erneuerbare Energien entweder aufgelöst oder diesem Ressort angegliedert werden.

## **Teil 2: Behördenreorganisation - Kommissionen / Fachgruppen (siehe Seite 7 – 8 der Vernehmlassungsbotschaft)**

**2.1 Vorschlag GR:** Sämtliche Kommissionen sollen neu 7 stimmberechtigte Kommissionsmitglieder haben.

Frage: Sollen sämtliche Kommissionen neu 7 stimmberechtigte Kommissionsmitglieder haben?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Der SVP ist wichtig, dass alle Kommissionsmitglieder stimmberechtigt sind (also auch die Mitglieder der Finanzkommission). Die SVP sieht nicht ein, warum es zwingend ist, überall 7 stimmberechtigte Kommissionsmitglieder zu haben. Die Anzahl sollte je nach Ressort entsprechend den effektiven Bedürfnissen gehandhabt werden. Die Anzahl der Mitglieder muss ungerade sein.

**2.2 Vorschlag GR:** Die Gemeindebautenkommission soll in die Baurechts- und Planungskommission integriert und neu in Hochbau- und Planungskommission umbenannt werden. Die Zuständigkeiten für Gewässer und Gemeindestrassen fallen weg.

Frage: Sollen die Gemeindebautenkommission und die Baurechts- und Planungskommission zu einer Kommission zusammengelegt werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Siehe 1.3

**2.3 Vorschlag GR:** Die Fachgruppe Landschaft soll in die Sicherheitskommission integriert und neu in Sicherheits- und Umweltkommission umbenannt werden. Die Kommission wird neu auch für Gewässer zuständig sein.

Frage: Sollen die Fachgruppe Landschaft und die Sicherheitskommission zu einer Kommission zusammengelegt werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Siehe 1.3

**2.4 Vorschlag GR:** Die Ver- und Entsorgungskommission soll in Werke- und Strassenkommission umbenannt werden und neu neben den Werken auch für die Gemeindestrassen zuständig sein.

Frage: Soll die Werke- und Strassenkommission neu für die Gemeindestrassen zuständig sein?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Siehe 1.3

2.5 *Vorschlag GR*: Die Möglichkeit zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung und somit auch die Resultateprüfungskommission soll gestrichen werden.

Frage: Soll die Möglichkeit für eine Einführung zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung und somit auch die Resultateprüfungskommission gestrichen werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Gerade in einem Prozess der Verwaltungsreorganisation wäre es aus Sicht der SVP hilfreich gewesen, man hätte vor dem Vernehmlassungsprozess die Kommission zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung einberufen, um die Stimmen der Parteien und das gemeinsame Gespräch frühzeitig zu suchen.

2.5 *Vorschlag GR*: Die Finanzkommission soll neu von einer Kommission ohne Entscheidungsbefugnis in eine Kommission mit Entscheidungsbefugnis geändert werden.

Frage: Soll die Finanzkommission in eine Kommission mit Entscheidungsbefugnis geändert werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

2.7 *Vorschlag GR*: Die Fachgruppe erneuerbare Energie soll erhalten bleiben und dem Ressort Hochbau und Planung angehängt werden.

Frage: Soll die Fachgruppe erneuerbare Energie erhalten bleiben und dem Ressort Hochbau und Planung angehängt werden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Diese Fachgruppe ist mit der neuen Energiestrategie des Bundes nicht mehr zwingend notwendig. Die ersten innovativen Ideen sind umgesetzt. Falls doch, sollte diese wohl eher dem Ressort Umwelt zugeordnet werden. Ansonsten siehe 1.3

### **Teil 3: Verwaltungsreorganisation (siehe Seite 9 – 12 der Vernehmlassungsbotschaft)**

3.1 *Vorschlag GR*: Organisationsstruktur Bau / Werke: Der Leiter Bau und Werke ist ein Abteilungsleiter mit vier unterstellten Bereichen (Werkhof, Hauswarte, Bausekretariat, Werke). Der Leiter Bau und Werke führt neben der Abteilung auch den Bereich Werke.

Frage: Sind Sie mit der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Organisationsstruktur im Bereich Bau/Werke einverstanden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Im Sinne einer schlanken Organisation guter Vorschlag, der auch ohne Verwaltungsreorganisation umgesetzt werden kann. Finanziell lohnt er sich aber nur dann, wenn Brunnenmeister und Anlagewart EV fachlich kompetent sind, sich gegenseitig unterstützen bzw. aushelfen und bei Bedarf auch «selber eine Schaufel in die Hände» nehmen. Ansonsten wird bezweifelt, dass weniger Externe beigezogen werden müssen. Sprich: Sorgfältige Selektion, eindeutige Arbeitsverträge und Pflichtenhefte sowie klare Führung inkl. Kontrolle sind unabdingbar.

3.2 *Vorschlag GR*: Integration des Brunnenmeisters mit einem Pensum von 100%.

Frage: Sind Sie mit der Integration des Brunnenmeisters mit einem Pensum von 100% einverstanden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Grundsätzlich ist die SVP skeptisch gegenüber der Schaffung von neuen Stellen. Die 100% Anstellung des Brunnenmeisters und des EV Verantwortlichen werden vom GR insbesondere auch mit hohen Kosteneinsparungen (über CHF 100'000) begründet. Hier würde unsere Partei den GR in die Pflicht nehmen. Wir erwarten: Volle Kostentransparenz schaffen, auch künftig, damit nicht neue Stellen geschaffen und trotzdem viele Aufgabe an Externe vergeben werden (Kosten der letzten 5 Jahre im Bereich Brunnenmeister und Anlagewart aufzeigen, Einsparungsmöglichkeiten auflisten, Lohngefüge neue Stellen, Nebenkosten, Infrastruktur und notwendige Investitionen aufzeigen).

3.3 *Vorschlag GR*: Integration des Anlagewarts Elektrizitätsversorgung mit einem Pensum von 100%.

Frage: Sind Sie mit der Integration des Anlagewarts Elektrizitätsversorgung mit einem Pensum von 100% einverstanden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

Siehe 3.2

3.4 *Vorschlag GR*: Aufstockung des Pensums der Verwaltungsangestellten Werke um 20 – 40% auf total 60 – 80%.

Frage: Sind Sie mit einer Aufstockung des Pensums der Verwaltungsangestellten Werke um 20 - 40% einverstanden?

Ja  Nein

*Anmerkungen:*

... kombiniert mit absoluter Transparenz betr. Reduktion Arbeitslast (Überstunden=Lohnkosten) Finanzverwaltung und Einsparung Honorare ev. externer Unterstützung.

#### **Teil 4: Kompetenzänderungen (siehe Seite 13 – 15 der Vernehmlassungsbotschaft)**

4.1 *Vorschlag GR*: Die Finanzkompetenz des Gemeinderates im Bereich des Steuerhaushaltes soll bei Fr. 100'000 beibehalten werden.

Frage: Soll die Finanzkompetenz des Gemeinderats im Bereich des Steuerhaushaltes bei Fr. 100'000 beibehalten werden?

Ja  Nein

Anmerkungen:

Klicken Sie hier, um Text einzugeben.

4.2 *Vorschlag GR:* Die Finanzkompetenz des Gemeinderates im Bereich der Spezialfinanzierungen (Werke) soll auf Fr. 500'000 erhöht werden.

Frage: Auf welche Höhe soll die Finanzkompetenz des Gemeinderates im Bereich der Spezialfinanzierungen festgelegt werden?

Fr. 500'000  Fr. 300'000  Fr. 100'000 (wie heute)

Anmerkungen:

In dieser Frage herrscht in unserer Partei keine eindeutige Mehrheit. Bei den Spezialfinanzierungen wurden die Kompetenzen der Gemeinderäte auf der Einnahmeseite in den letzten Jahren massiv ausgebaut. Nun soll auch ausgabeseitig ausgebaut werden. Für die SVP werden dem Bürger damit einmal mehr Mitwirkungsmöglichkeiten entzogen, die jedoch für die direkte Demokratie enorm wichtig ist.

4.3 *Vorschlag GR:* Die Finanzkompetenz der Werke- und Strassenkommission soll auf Fr. 80'000 festgelegt sein.

Frage: Soll die Finanzkompetenz der Werke- und Strassenkommission auf Fr. 80'000 festgelegt werden?

Ja  Nein

Anmerkungen:

Siehe 4.2

4.4 *Vorschlag GR:* Die Kompetenz zur Festlegung des Stellenetats soll neu beim Gemeinderat liegen. Der GR weist die Veränderungen im Stellenetat jährlich im Anhang zur Jahresrechnung aus.

Frage: Soll die Kompetenz zur Festlegung des Stellenetats neu beim Gemeinderat liegen?

Ja  Nein

Anmerkungen:

Der Stellenetat soll nicht über Pensen sondern über die Lohnsumme gesteuert werden. Eine absolute Transparenz (Stellenplan, Überstunden, Honorare Externer ...) wird auch hier erwartet. Ev. muss das Reglement entsprechend ergänzt werden.

---

## Teil 5: Verschiedenes

Haben Sie weitere Anmerkungen zur Verwaltungsreorganisation und / oder Anregungen zum weiteren Vorgehen?

Ja  Nein

Anmerkungen/Anregungen:

Siehe Eingangsschreiben

---

Vielen Dank für die Beantwortung der Vernehmlassung!